



## **Niederschrift**

50. Plenarsitzung Gemeinderat  
15. Mai 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

### **Punkt 29 der Tagesordnung: Konzept zum Ausstieg aus Glyphosat und Neonico- tinoiden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Karlsruhe**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2018/0172**

#### **Beschluss:**

Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

#### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 29 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich denke, die dramatische Situation beim Verlust von Bestäuberinsekten, Bienen, Hummeln und Schmetterlingen, ist allen bekannt. Wir hatten auch schon mehrfach Anfragen und Anträge von unserer Fraktion zu dem Thema gestellt. Auf städtischen Flächen werden schon seit längerer Zeit weder Glyphosat, Neonicotinoide noch chemisch-synthetische Pestizide eingesetzt. Wir wissen aber, dass das Problem des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden vor allem auch Glyphosat und Neonicotinoide sehr stark mit dem Bienensterben in der Landwirtschaft zu tun hat, dass Landwirtschaft eben eine der Ursachen für diesen dramatischen Verlust an Insekten ist. Ich möchte gerade einen Satz dazu sagen, welche Tragweite das hat. Es hat jetzt gerade zum Beispiel der Penny-Markt in Hannover über Nacht alle Produkte ausgeräumt, die nicht mehr vorhanden sein können, wenn es keine Bienen mehr gibt, und morgens waren Dreiviertel der Regale leer. So sieht dann ein Laden aus, wenn es keinen Bienen mehr gibt. Zwei Drittel der Produkte waren weg. Diese Tragweite, was da auf uns zukommt, wenn wir nichts unternehmen, muss noch stärker ins Bewusstsein dringen. Wenn wir uns die Antwort der Verwaltung anschauen, sind die drei gefährlichsten Neonicotinoide jetzt gerade auf EU-Ebene verboten worden, das ist schon mal ein positives Signal. Bei Glyphosat können wir

erwarten, dass zumindest ein Minimierungskonzept von der Bundesregierung vorgelegt wird, aber vergleichbar gibt es eben auch weitere synthetisch-chemische Pestizide, die genauso gefährlich sind oder nur geringfügig geringer. Wir GRÜNEN sagen, auch wenn wir auf den städtischen Grünflächen den Einsatz beendet haben, muss die Landwirtschaft dafür gewonnen werden, denn immerhin haben wir auf städtischer Gemarkung 3922 Hektar Nutzfläche, die landwirtschaftlich genutzt werden, und davon sind 703,8 Hektar verpachtet. Es muss möglich sein, auf städtischen Pachtflächen zu beginnen, zum Beispiel mit einer Änderung der Pachtverträge. Man kann hier auch einen Stufenplan festlegen oder man kann Ankündigungen machen, es muss nicht von heute auf morgen geschehen, aber es soll verbindlich aufgeführt werden, dass keine Neonicotinoide und Glyphosat beziehungsweise vergleichbar gefährliche chemisch-synthetische Pestizide eingesetzt werden dürfen. Das beinhaltet unser Antrag, damit an einen runden Tisch zu sitzen, damit mit den Landwirten verhandelt wird, inwieweit ein Reduktionsplan und ein Ausstiegsplan vereinbart werden können.

Wir sehen in der Antwort, dass dieses vom Liegenschaftsamt hier als problematisch gewertet wird, selbst bei der verbindlichen Änderung der Pachtverträge, was wir für realistisch halten. Ich muss dazu sagen, wir haben in Karlsruhe 12 Haupterwerbsbetriebe, 36 konventionelle Nebenbetriebe, 7 Ökobetriebe davon 2 Haupterwerbsbetriebe, und man muss dazu sagen, dass gerade im Augenblick bei den 2 Haupterwerbsbetrieben ein Haupterwerbsbetrieb im Ökobereich 5 Hektar Land verliert. Die Stadt hat 5 Hektar Land für die Zusammenlegung der Sportflächen in Rüppurr gekauft, und davon ist einer der 2 Ökobetriebe bedroht, das Hofgut Schleinkofer hat keine Perspektiven mehr, seine landwirtschaftliche Nutzung im vollen Umfang umzusetzen, während die Konventionellen hier, nach Auskunft des Liegenschaftsamts, wie bisher weiter machen können. Das ist so nicht akzeptabel und deshalb begrüßen wir zumindest, dass vom Liegenschaftsamt aus die landwirtschaftlichen Betriebe auf freiwilliger Basis jetzt auch mal ihre Informationen an das Liegenschaftsamt weiter geben, in welchem Umfang die Pestizide eingesetzt werden und dass uns dann im Ausschuss berichtet wird, wie die Situation sich darstellt. Das ist schon mal eine positive Antwort. Aber wir sehen Potenziale, da die Stadt Karlsruhe auch Mitglied im Biostädtenetzwerk ist, Anreize zu schaffen, um positive Möglichkeiten, wie der Ausstieg erfolgen kann, mit den Landwirten zu erarbeiten. Wir möchten darum bitten, dass der Antrag auch im Umweltausschuss vorgelegt wird.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** In Anbetracht der Zeit würden wir vorschlagen, dass es in den zuständigen Ausschuss verwiesen wird, und dass die Landwirte bitte mit ins Boot genommen werden. Wir verstehen es, dass es hier Bedenken und Ängste bei Glyphosat und Neonicotinoide gibt. Ich denke, hier sind einfach der falsche Zeitpunkt und der falsche Ort, wir verschieben es in den Ausschuss.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich wundere mich schon über die GRÜNE-Fraktion, auf der einen Seite beantragen sie ein Sitzungsende um zehn Uhr, auf der anderen Seite reden sie stundenlang, obwohl hier doch heute kein Beschluss gefasst wird. Es wird kein Grundsatzbeschluss gefasst, es geht nur um einen Antrag auf Erstellung eines Konzeptes. Jetzt komme ich darauf zurück, ich mache es jetzt wie Kollegin Wiedemann, ich werde mich auch kurzfassen. Dem Antrag auf Erstellung eines Konzeptes stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, aber es gibt hier einen riesengroßen Bereich, der noch ungeklärt ist. Es gibt Länder, die haben schon für sich beschlossen, Frankreich zum Beispiel, dass sie in den nächsten drei Jahren Glyphosat verbieten. In Deutschland bewegt sich die Diskussion zwi-

schen einem Verbot und einer Einschränkung des Einsatzes. Hier sind wir noch in einem Bereich, der rechtlich und gesetzlich noch total ungeklärt ist. Die Absichtserklärung, was das Verbot anbelangt, die gibt es zur Genüge, die kennen wir ja. Ich gehe jetzt noch mal auf die Verträge ein, das begrüßen wir auch, wenn die Stadt Karlsruhe zukünftig im Rahmen ihrer Vertragsfreiheit die Landwirte dazu verpflichtet, auf Pestizide zu verzichten. Aber für zukünftige Verträge, nicht jetzt noch, oder für die Verlängerung von bestehenden Pachtverträgen. Ich habe selbst einen Landwirt in meiner Umgebung, der eine der größten städtischen Flächen der Stadt gepachtet hat, den Herrn Pletscher, dessen Schreiben Sie alle bekommen haben, dass man das in Zukunft macht.

Zu einem Punkt noch, die Umstellung von der konventionellen in eine ökologische Landwirtschaft, das wollen wir den Landwirten doch bitte selbst überlassen, da sind viele Landwirte in ihrer Existenz bedroht, das sind finanzielle Gründe. Schauen Sie sich doch mal die wenigen Landwirte an, die wir überhaupt noch in Karlsruhe haben, dann überlassen Sie es doch denen, es sind auch überwiegend Nebenerwerbslandwirte, wie sie sich entscheiden wollen. Da müssen Flächen hinzugewonnen werden, das sagt die Verwaltung, ich will da nicht näher darauf eingehen. Zusammenfassend, ein Runder Tisch unter Einbeziehung der Landwirtschaftsbehörden, der Landwirte und der Stadtverwaltung begrüßen wir, aber wie gesagt, da ist vieles noch ungeklärt, und deshalb ist heute kein Grundsatzbeschluss erforderlich, sondern lediglich die Zustimmung, dass ein Konzept erstellt wird.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Wir begrüßen den Antrag der GRÜNEN, auch wenn er gerade dabei ist, durch die Regelung auf EU-Linie zu einem Teil erledigt zu werden. Aus der Stellungnahme der Verwaltung ist zu entnehmen, dass auch die Stadtverwaltung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten den Antragspunkten der GRÜNEN entsprechen möchte. Die niedrige Anzahl der Fluginsekten wie Schmetterlinge, Wildbienen und Hummeln ist dennoch ein akutes Problem. Auch von der KULT-Fraktion wird es zur nächsten Gemeinderatsitzung einen Antrag geben, wie die Stadt dazu beitragen kann, dass sich die Artenbestände erholen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** In diesem Antrag der GRÜNEN stehen am Anfang drei Worte, die ich sehr unangenehm finde. Diese drei Worte machen mir nahezu Gänsehaut. Die drei Worte sind Glyphosat, Neonicotinoide und Verbot. Ich weiß nicht so richtig, ob die chemische Entwicklung oder ob die automatische Reaktion von den GRÜNEN „Verbot“ mich am meisten stört, aber unangenehm sind sie alle drei. Deshalb Danke an die EU, die Regeln in Brüssel haben glücklicherweise viel mehr Sachverstand und Flexibilität als das GRÜNE automatische Wort „Verbot“. Danke auch an die Verwaltung, ganz ruhig und sachlich informieren Sie, nicht nur über ihre Sympathie für diesen GRÜNEN Antrag, sondern stellen auch ganz bodenständig klar und machen deutlich, welche Konsequenzen die GRÜNEN Verbotsgedanken haben. Ganz diplomatisch sagt die Verwaltung, die Förderung der rein ökologischen Bewirtschaftung städtischer Parkflächen ist nachvollziehbar, jedoch in der Durchsetzung problematisch. Die Verwaltung schreibt, die rein ökologische Bewirtschaftung, die bringt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Danke EU, und Danke Verwaltung, dass die GRÜNEN- ideologischen Verbotsgedanken bodenständig und realistisch beantwortet werden.

**Der Vorsitzende:** Wir können den Punkt abschließen, der wird in den Unterausschuss verwiesen, und da kann man das gerne weiter diskutieren.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
28. Mai 2018